Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2020/00787**
Datum: 08.01.2020
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Eigendorf, Eric
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.01.2020 26.02.2020	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Parkraum und zur Parkraumbewirtschaftung

(Fehlender) Parkraum und Parkraumbewirtschaftung sind Themenbereiche, die immer wieder in der Bürgerschaft für Diskussionen sorgen. Zudem plant die Stadtverwaltung mit der Umsetzung ihres Haushaltsentwurfes für das Jahr 2020, die Parkraumbewirtschaftung auszuweiten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie viele PKW-Stellplätze gibt es im öffentlichen Raum Halles (bitte nach Stadtteilen auflisten) sowie wie viele in privat geführten Parkhäusern (bitte die Anzahl an vorhandenen (kostenpflichtigen) Dauerparkstellen in privaten Parkhäusern auflisten)?
2. Wie viele der öffentlichen Stellflächen sind in den einzelnen Stadtteilen dem Anwohnerparken zugeordnet?
3. Wie viele der öffentlichen Stellflächen sollen künftig zusätzlich in welchen Stadtteilen dem Anwohnerparken zugeordnet werden, insofern das Ziel der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Jahr 2020 umgesetzt wird?
4. Für wie viele der öffentlichen Stellflächen sind in den jeweiligen Stadtteilen Parkgebühren zu entrichten?
5. Wie hoch waren die Einnahmen 2017, 2018 und 2019 aus den Parkgebühren insgesamt?
6. Sieht die Stadtverwaltung hinsichtlich der Erhöhung der Parkgebühren Handlungsbedarf?
7. Wird sich die Stadtverwaltung gegenüber dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr für die Erhöhung oder ggf. Abschaffung der im Land Sachsen-Anhalt vorgeschriebenen Obergrenze von 50 Cent je angefangener halben Stunde einsetzen? Wenn ja, welche Initiativen wurden hierzu bereits unternommen und welche sind geplant?

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Halle (Saale)

Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Umwelt

24. Januar 2020

Sitzung des Stadtrates am 29.01.2020
Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Parkraum und zur Parkraum-bewirtschaftung
Vorlagen-Nummer: VII/2020/00787
TOP: 10.13

Antwort der Verwaltung:

1. **Wie viele PKW-Stellplätze gibt es im öffentlichen Raum Halles (bitte nach Stadtteilen auflisten) sowie wie viele in privat geführten Parkhäusern (bitte die Anzahl an vorhandenen (kostenpflichtigen) Dauerparkstellen in privaten Parkhäusern auflisten)?**

Die Daten werden statistisch nicht erfasst. Die manuelle Auswertung wäre mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

2. **Wie viele der öffentlichen Stellflächen sind in den einzelnen Stadtteilen dem Anwohnerparken zugeordnet?**

siehe Antwort zu 1.

3. **Wie viele der öffentlichen Stellflächen sollen künftig zusätzlich in welchen Stadtteilen dem Anwohnerparken zugeordnet werden, insofern das Ziel der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Jahr 2020 umgesetzt wird?**

In der Klaustorvorstadt sollen zusätzlich Bewohner- und gemischt genutzte Stellplätze entstehen. Untersuchungen für Thaerviertel, Mühlwegviertel Süd und äußere Südliche Innenstadt sind beabsichtigt.

4. **Für wie viele der öffentlichen Stellflächen sind in den jeweiligen Stadteilen Parkgebühren zu entrichten?**

Für 888 öffentliche Stellplätze in Zone I sowie 1.965 öffentliche Stellplätze in Zone II sind Parkgebühren zu errichten.

5. **Wie hoch waren die Einnahmen 2017, 2018 und 2019 aus den Parkgebühren insgesamt?**

Die Erträge aus den Parkgebühren der letzten drei Jahre waren insgesamt 7.177.189,57 €.

Ertrag 2017:	2.228.359,46 €
Ertrag 2018:	2.393.819,27 €
Ertrag 2019:	2.555.010,84 €

6. **Sieht die Stadtverwaltung hinsichtlich der Erhöhung der Parkgebühren Handlungsbedarf?**

Ja, vgl. dazu die Stellungnahme der Verwaltung zu TOP 9.1.

7. **Wie wird sich die Stadtverwaltung gegenüber dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr für die Erhöhung oder ggf. Abschaffung der im Land Sachsen-Anhalt vorgeschriebenen Obergrenze von 50 Cent je angefangener halben Stunde einsetzen? Wenn ja, welche Initiativen wurden hierzu bereits unternommen und welche sind geplant?**

Die Verwaltung hat mit Schreiben vom 12.01.2020 an den Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA) die Bitte herangetragen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der Weg für eine erneute Behandlung der Thematik im Landtag geebnet wird.

Eine Antwort des SGSA steht noch aus.

René Rebenstorf
Beigeordneter